Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 36 (1956-1957)
Heft: 11

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

POLITISCHE RUNDSCHAU

Zur Lage

Die *Entwicklung der weltpolitischen Lage* hat in den letzten Monaten des vergangenen Jahres Ereignisse gebracht, durch welche weitgehend neue Erkenntnisse gewonnen wurden. An der Spitze dieser Erkenntnisse steht wohl die Tatsache, daß die wirkliche Stellung der Sowjetunion sich als wesentlich schwächer erwiesen hat als man bisher anzunehmen geneigt war. Gleichzeitig und in enger Verbindung mit diesem Umstand ergibt sich weiter die Erkenntnis, daß die Politik der Vereinigten Staaten gegenüber der Sowjetunion, also die Politik der Eindämmung des Kommunismus, sich, auf weitere Sicht genommen, als richtig erwiesen hat. Tatsächlich war man in den letzten Jahren, seit dem Beginn der republikanischen Herrschaft in Washington im Januar 1953, weitherum geneigt, die Politik der Administration gegenüber der Sowjetunion, die im wesentlichen den Stempel von John Foster Dulles zu tragen schien, als wenig wirksam anzusehen, und manche wünschten sich eine Politik zurück, wie sie von Truman und Acheson durchgeführt worden war. Heute ergibt sich, daß die Politik des Herrn Dulles sich insofern als richtig erwies, als er stets voraussagte, der Lauf der Ereignisse könne auf die Dauer nur in der Richtung auf eine Erschütterung des kommunistischen Systems und damit auf eine Erschütterung der Position der Sowjetunion überhaupt ausmünden. Man mag es vielleicht als eine Ironie bezeichnen, daß damit die politische Linie, die von dem Staatssekretär der republikanischen Administration gezogen wurde, ziemlich genau den Voraussagen gefolgt ist, welche der frühere Botschafter der Vereinigten Staaten in Moskau, George F. Kennan, ein Vertreter der demokratischen Administration, vor elf Jahren aufgestellt hatte. Kennan hatte damals in einer Denkschrift die Ansicht niedergelegt, daß die Sowjets ihre Herrschaft über Osteuropa höchstens zehn Jahre lang aufrechterhalten könnten. Der frühere Botschafter in Moskau hat in den vergangenen Wochen diese Prognose in verschiedenen Artikeln, die z. T. in der Basler «National Zeitung» erschienen, wieder aufgegriffen und dabei festgestellt, die Fehlrechnung der Sowjetführer habe im wesentlichen darin bestanden, daß sie nicht begriffen, wie verhaßt die Sowjetherrschaft in Osteuropa in Wirklichkeit sei. Das Problem der Niederhaltung der Satelliten erweise sich, auf die Dauer gesehen, für die Sowjetunion als unlösbar. Die Ereignisse in Polen und Ungarn bedeuteten den Beginn einer Entwicklung, an deren Ende die Sowjetunion ihre Macht über Osteuropa verlieren werde.

Zweifellos gibt eine kurze Betrachtung der Ereignisse, die sich im Laufe des Jahres 1956 abgespielt haben, einen Begriff von der Bedeutung der Entwicklung, welche in diesem vielleicht entscheidenden Jahre eingetreten ist. Bis zum Sommer herrschte noch jene Atmosphäre, welche mit den Begriffen «Koexistenz» und «Offensive des Lächelns» umschrieben werden kann. Die Atmosphäre wurde zudem in ausschlaggebendem Maße

charakterisiert durch die «Entstalinisierung», die Chruschtschew auf dem 20. Parteikongreß der Kommunistischen Partei der Sowjetunion Mitte Februar eingeleitet hatte. Man hat in der Presse wiederholt die Frage aufgeworfen, weshalb der Sekretär der kommunistischen Partei eigentlich dazu kam, Stalin in dieser Art und Weise vor der ganzen Welt zu verdammen und damit in der Sowjetunion selbst die Grundlagen zu erschüttern, auf denen die politische Führung während Jahrzehnten gestanden hatte. Eine spätere Entwicklung wird wohl die Antwort auf diese Frage geben. Sicher ist nur, daß es damals der allgemeinen politischen Linie der Sowjetunion entsprach, ihrem System das Blutige, Grausame und Asiatische zu nehmen, um damit die Linie der Koexistenz zu verstärken. Diese Linie aber war mit äußerster Konsequenz geführt worden. Im November und Dezember 1955 unternahmen Chruschtschew und Bulganin ihre Reise durch Indien, wo sie sich in der denkbar jovialsten, gemütlichsten Weise vor der Öffentlichkeit gaben, freilich mit nicht wenigen Ausfällen gegenüber dem Westen. Die Koexistenzpolitik erreichte gleichsam ihren Höhepunkt mit dem Besuch des Führerpaares in England im Frühjahr 1956. Am 4. Juni erfolgte der Besuch Titos in Moskau. Er galt als Erwiderung auf jenen denkwürdigen Besuch der beiden sowjetischen Führer in Belgrad, der — in der Welt beinahe als Canossagang empfunden — am 26. Mai 1955 stattgefunden hatte. In diesen Tagen erschien die neue Politik der Sowjetunion gleichsam auf ihrem Höhepunkt. Nun aber brach am 28. Juni der Arbeiteraufstand in Posen aus, welcher den Anstoß für alle kommenden Ereignisse im Osten Europas bilden mußte. Am 20. Oktober erfolgte die Machtergreifung in Polen durch Gomulka, der lange Zeit im Gefängnis gesessen hatte und im Rufe eines «Titoisten» stand. Diese Maßnahme geschah gegen den Willen Moskaus. Ungefähr in dieser Zeit erfolgte die bedeutsame Reise Titos nach der Krim, wo offensichtlich die Versöhnungspolitik, die im Mai 1955 in Belgrad eingeleitet und im Juni 1956 in Moskau fortgesetzt worden war, verschiedene Einschränkungen erfuhr. Immerhin erklärte am 17. Oktober Tito den Verzicht auf die amerikanische Hilfe, ein Schritt, der vielleicht — so mag man rückblickend feststellen — eher Motiven der Taktik entsprang. In diese Zeitspanne fällt in Moskau die Ersetzung Molotows als Außenminister durch den Chefredaktor der «Prawda», Schepilow. Am 23. Oktober brach in Ungarn der Aufstand aus. Die Sowjetunion sah sich zum militärischen Eingreifen veranlaßt, weil ein Verlust Ungarns für die sowjetische Sicherheit untragbar erschien. Mit ihm hätte die Sowjetunion zum ersten Male wieder eine direkte Grenze mit einem westlich demokratischen Staat erhalten. Hier stand die sowjetische Herrschaft in Osteuropa auf dem Spiel. Also konnte die sowjetische Führung einen Sieg der ungarischen Revolution nicht zulassen. Die «Politik der Koexistenz» und die «Offensive des Lächelns» gingen damit zu Ende. Chruschtschew und Bulganin traten in den Hintergrund, während Molotow, inzwischen zum Minister für Staatskontrolle ernannt, Marschall Schukow und Suslow in demonstrativer Weise an die Rampe gestellt wurden.

Es war das tragische Geschick der ungarischen Revolution, daß sie jene Grenzen überschreiten mußte, die für die Position der Sowjetunion noch tragbar schienen. Was in Polen vor sich gegangen war, wurde in Ungarn weit überschritten. Damit wurde aber auch jene Linie passiert, welche die Politik des amerikanischen Staatsdepartements für die allmähliche Auflösung der kommunistischen Position und damit der sowjetischen Macht im Raume der Satelliten gezogen hatte. An ein aktives Eingreifen der Vereinigten Staaten war nicht zu denken, da dies den dritten Weltkrieg ausgelöst hätte. Aus diesem Grunde konnten auch die Vereinigten Nationen nicht zu effektivem Handeln kommen. Wenn also die ungarische Revolution ihre unmittelbaren Ziele nicht erreichen konnte,

so ist durch den heldenhaften Einsatz der ungarischen Jugend, der ungarischen Bauern und Arbeiter auf dem weiten Felde der Weltpolitik ein Einbruch geschehen, dessen Folgen nicht mehr ausgelöscht werden können. Mit Recht hat man in der Presse das ungarische Blutbad einen Höllensturz genannt, von dem sich der Kreml nicht mehr erholen wird.

* * *

Nach langen Verhandlungen verweigerte Ende Juni des letzten Jahres das amerikanische Staatsdepartement dem ägyptischen Staatschef Nasser die in Aussicht gestellten Kredite für den Bau des Assuan-Staudammes. Aus welchen Gründen diese plötzliche und brüske Absage erfolgte, ist bis heute ungeklärt. In einem für die amerikanische Politik aufschlußreichen Vortrag in der Handelshochschule St. Gallen machte Prof. Arnold Wolfers, der seit 1933 eine Professur für internationale Beziehungen an der Yale-Universität bekleidet, für diesen Schritt Gründe der amerikanischen Innenpolitik verantwortlich, also einen demonstrativen Schritt mit der Tendenz auf Abbau im Rahmen der Auslandhilfe, im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen. Die Folge dieser Maßnahme war die Verstaatlichung des Suezkanals. In der Reaktion des Westens auf diesen eigenmächtigen Schritt zeigte sich nur zu bald ein tiefer Zwiespalt. Die Periode jener mühsamen Verhandlungen, wo die Interessen Englands und Frankreichs mit der Politik der Vereinigten Staaten von Stunde zu Stunde schärfer kollidierten, ist noch in aller Erinnerung. Für die Vereinigten Staaten war dabei wohl ausschlaggebend die politische Linie, in jedem Falle den Verdacht von sich fernzuhalten, sie identifizierten sich irgendwie mit der Politik der sogenannten Kolonialmächte. Daneben dürften freilich bei der Haltung der amerikanischen Politik direkte materielle Interessen in den Gebieten des Nahen Ostens eine nicht geringe Rolle gespielt haben. Es wird sogar behauptet, die amerikanische Petroleumgesellschaft «Aramco» und die «Chase Manhattan Bank» hätten damals dem ägyptischen Präsidenten eine Milliarde Dollar als Mietzins für den Suezkanal während 10 Jahren angeboten. Jedenfalls wurden die Gegensätze zwischen den beiden europäischen Mächten und der Politik der Vereinigten Staaten in der Suezfrage immer größer, wobei dahingestellt sei, inwieweit in den Vereinigten Staaten einerseits die Erkrankung des Präsidenten, der sich Mitte Juni zu einer schweren Darmoperation in Spitalpflege hatte begeben und die Führung der Außenpolitik während geraumer Zeit dem Staatssekretär — bzw. seinem Stellvertreter Hoover — überlassen müssen und anderseits die bevorstehenden Wahlen eine Rolle spielten. In dieser Zeit faßten die beiden europäischen Westmächte den Entschluß, militärisch einzugreifen. Die Ausführung des Entschlusses erfolgte, im Zusammenhang mit der Offensive der Israelis, gegen Ende Oktober. Bekanntlich wurden die militärischen Maßnahmen verhältnismäßig langsam abgewickelt. Ihr Verlauf erfuhr mannigfache Kritik. Inwieweit der schleppende Gang der Operationen darauf zurückzuführen war, daß die ursprünglichen Dispositionen nicht mit einem Vorstoß der Israeli gerechnet hatten, ist eine offene Frage. Hierüber ist in der «Allgemeinen schweizerischen Militärzeitschrift» vom Dezember 1956 eine instruktive Abhandlung erschienen. Sicher ist, daß es gelang, die ägyptische Flugwaffe, die im wesentlichen auf sowjetischen Beständen aufgebaut war, nahezu vollständig am Boden zu zerstören. Die Besetzung der Kanalzone wurde durch die Verhandlungen über eine Übergabe von Port Said verzögert. Die britisch-französischen Truppen besetzten die Kanalzone bis zu 40 Kilometer von Port Said. Dann wurde, am Abend des 6. November, die Aktion abgebrochen. Die eigentlichen Ziele wurden nicht erreicht. Nasser blieb an der Macht, obwohl in Kairo zweifellos eine

ernsthafte Opposition in Kreisen der Regierung und der Armee gegen ihn bestand — hatte er doch kurz vorher erklärt, es gäbe in ganz Ägypten kaum zehn Männer, denen er vertrauen könne.

Zweifellos wurde der wichtigste Teil des Erfolges von den Israeli und nicht von den Briten und Franzosen errungen. Die bekannten amerikanischen Publizisten Joseph und Stewart Alsop schrieben hierüber in einem Artikel:

> «Das Fundament, auf dem Ägyptens Prestige und Einfluß in allen arabischen Ländern bisher geruht hatte, war die Annahme, Nasser besitze eine ernstzunehmende militärische Macht. Diese Annahme wurde bestärkt — und in gleichem Maße stieg Nassers Einfluß —, als Ägypten im Sommer den Waffenhandel mit dem Kreml abschloß. Aber in wenigen Tagen bewies eine kleine israelische Expeditionstruppe, daß Nassers vielgepriesene Militärmacht die aufgeblasenste Windbeutelei der Weltgeschichte war.»

Die Gründe, weshalb die britisch-französische Aktion vorzeitig abgebrochen wurde, sind heute noch unklar. Zwar hat der französische Außenminister Pineau am 20. Dezember in der Nationalversammlung über diesen Punkt verschiedene Aufklärungen gegeben. Sie waren indessen kaum vollständig. An erster Stelle nannte er die tiefe Spaltung, die sich im Parlament und in der öffentlichen Meinung Englands bemerkbar machte, und die sich in immer heftigeren Angriffen auf den britischen Premierminister, Sir Anthony Eden, äußerte. An zweiter Stelle erwähnte Pineau den amerikanischen Druck, der, wie er wörtlich ausführte,

> «sich in den Tagen und Stunden unmittelbar vor dem Waffenstillstand stark fühlbar machte, der überdies auf Großbritannien stärker war als auf Frankreich, und von dem ich nicht sicher bin, ob er nun wirklich dem Interesse des Friedens gedient hat».

An dritter Stelle nannte der französische Außenminister die Rolle der Vereinigten Nationen. Erst an allerletzter Stelle machte er für den Abbruch der Aktion die brüske Note der Sowjetregierung verantwortlich. Hierzu erklärte er:

> «Vom militärischen Standpunkt hatten die Drohungen nur eine praktisch reduzierte Bedeutung. Abgesehen von einem atomischen Bombenangriff auf Zypern und Tel Aviv, der sehr unwahrscheinlich war, hätte sich die sowjetrussische Intervention in den 2—3 Tagen, die offenbar für die Besetzung der ganzen Kanalzone durch die britisch-französischen Truppen notwendig waren, nicht entfalten können.»

So bleiben über die Geschehnisse dieses denkwürdigen 6. November mannigfache Unklarheiten. Albert Camus wird die Äußerung zugeschrieben, es habe an diesem Tage der dritte Weltkrieg an die Türe gepocht.

Man weiß, daß die im Gefolge der militärischen Aktionen erfolgte Blockierung des Suezkanals eine schwere Ölkrise in Europa, insbesondere in den hauptbeteiligten Ländern England und Frankreich, zur Folge hatte. In diesem Zusammenhang sind in der Presse Bedenken darüber geäußert worden, wie es möglich war, daß die beiden Westmächte ihre Aktion unternahmen, ohne vorher im eigenen Lande für genügende Vorräte an Öl zu sorgen, wo man doch mit Komplikationen rechnen mußte. Die Frage bleibt, wie verschiedene andere Probleme in diesem Zusammenhang, offen.

Am 24. November stimmten die Vereinigten Staaten zusammen mit Sowjetrußland und seinen Satelliten in der Generalversammlung der Vereinigten Nationen gegen Großbritannien und Frankreich. Diese Haltung hat gerade in der amerikanischen Presse

wohl die schärfste Kritik erfahren. Zweifellos wurde durch diese Stellungnahme der antikolonialistische Aspekt der amerikanischen Politik auf eine denkbar drastische Weise unterstrichen. Sie hat vor allem die Kritik der demokratischen Partei erfahren. Der ehemalige Staatssekretär Acheson erklärte hierzu vor einem amerikanischen Ausschuß grundsätzlich:

> «Die Vereinigten Staaten sollten ihre nahöstliche Politik gemeinsam mit jenen Ländern, die ihnen nützliche Alliierte sein können, ausarbeiten, statt sich diesen Alliierten zu widersetzen und sie zu demütigen.»

Die Geschichte wird entscheiden, welche Politik in weitem Sinne im Interesse des Westens gelegen war: die republikanische oder die demokratische.

Die Brüder Alsop haben in dem erwähnten Artikel von einem «Triumph des Kremls» gesprochen. Es stellt sich die Frage, ob diese Auslegung zutrifft. Am 6. Januar verkündete Präsident Eisenhower vor dem Kongreß die neue Mittelost-Politik der Vereinigten Staaten. Die Resolution bedeutet für die sowjetischen Absichten im Mittleren Osten eine deutliche Zurückweisung. Hier ist niedergelegt:

1. Vollmacht für die amerikanische Regierung, mit jeder Nation oder Gruppe von Nationen im Mittleren Osten zusammenzuarbeiten und diese Nationen zu unterstützen, um ihre Wirtschaft zu stärken und damit zur Erhaltung ihrer nationalen Unabhängigkeit beizutragen.
2. Gewährung von Vollmachten an den Präsidenten, um im Mittleren Osten zusammen mit allen Nationen, die eine solche Hilfe wünschen, militärische Beistands- und Zusammenarbeitsprogramme durchzuführen.
3. Autorisierung für den Einsatz amerikanischer Streitkräfte, um die Länder des Mittleren Ostens vor einer offenen bewaffneten Aggression durch irgendeine vom internationalen Kommunismus kontrollierte Nation zu beschützen.

Mit dieser Festlegung der Politik der Vereinigten Staaten im Mittleren Osten ist das eingetreten, was man im europäischen Westen in der mittelöstlichen Krise seit geraumer Zeit mit offenkundigem Bedauern vermißt hatte. Gewiß ist die amerikanische Politik auch in dieser neuen Phase nicht in jeder Beziehung klar und eindeutig. Auch ist noch keineswegs ausgemacht, bis zu welchem Grade das Bestreben mitspielt, Großbritannien und Frankreich wirtschaftlich aus jenen Gebieten endgültig zu verdrängen. Aber die neue amerikanische Linie bedeutet in klarer Weise ein Veto gegenüber den sowjetischen Absichten in dieser Region. Das ist, nach den Ereignissen in Osteuropa, der zweite Schlag für den Kreml. Die amerikanische Maßnahme bedeutet außerdem, daß den Absichten des Präsidenten Nasser Grenzen gesetzt sind.

Diese amerikanische Politik ist ohne Zweifel eine Folge der Suezaktion. Es bestehen keine Anhaltspunkte dafür, daß sie ohne diese Aktion Wirklichkeit geworden wäre. Damit aber werden die Worte gerechtfertigt, die beim Amtsantritt des neuen britischen Premierministers gesagt wurden: «Die Geschichte wird Sir Anthony Eden vielleicht recht geben.»

Bericht aus London

Großbritannien im neuen Jahre

Edens Nachfolge

Der «Economist», der das sogenannte «Suez-Abenteuer» der Regierung so rücksichtslos verurteilt hat, faßt nun am besten die allgemeinen Gefühle bei Edens Rücktritt zusammen. In seiner Ausgabe vom 12. 1. schreibt er: «Achtung allein und Mitgefühl werden Sir Anthony Eden auf seinem bitteren Rücktritte begleiten. Er hat ihn beschlossen mit demselben Maße von persönlichem Verantwortungsgefühl, das ihn während der dreiunddreißig im Dienste dieses Landes verbrachten Jahre stets ausgezeichnet hat... Er ist nicht zurückgetreten wegen dem Versagen seiner Politik, sondern weil seine Gesundheit zusammengebrochen ist.» Erst nach dieser loyalen Ehrenbezeugung kommt das liberal-konservative Wochenblatt auf seine Einwendungen zurück. «Es wäre jedoch nicht ehrlich, unsere Meinung zu verschleiern, daß Sir Anthonys persönliche Tragödie... im Lichte der Folgen des Fehlschlages von Suez zum Wohle der Nation ausgebeutet werden könnte.» Das Organ der sozialistischen Opposition «Daily Herald», das seit November ununterbrochen schrie «Eden muß gehen», gibt seiner Genugtuung unumwunden Ausdruck. Der Führer der Partei, Gaitskell, und sein Vorgänger Lord Attlee, die sich zur Zeit des Rücktritts Edens in Amerika befanden, verlangten die sofortige Ausschreibung von Neuwahlen. Beide geben jedoch zu verstehen, daß sie das größte Mitgefühl für die Umstände des Rücktritts und die größte Hochachtung vor Edens persönlicher Integrität haben. Auch der oppositionell-liberale «Manchester Guardian» vom 10. 1. ist voll Lob für Edens Pflichtgefühl und seine großen Verdienste in der Vergangenheit, wenn er auch «seinen Rücktritt als unbedingt notwendig ...für die politische Erholung der Nation» betrachtet. Die konservative Presse, auch aus der Opposition entgegengesetzten Gründen kritische Blätter wie der «Daily Telegraph», ist natürlich voll Bedauern über Edens Abgang. «Sunday Times» vom 13. 1. schreibt: «Die Geschichte wird einst Sir Anthonys Verdienste um sein Land und um die Menschheit gerechter beurteilen. Er verläßt sein Amt im Schatten schlechter Gesundheit und böser Zwietracht, doch ohne den geringsten Fleck auf seinem Rufe als ein Mann von großem Charakter, Mut, Ehrlichkeit und Pflichttreue gegenüber den Idealen, für welche Millionen während zweier großer Kriege ihr Leben gelassen haben.» Edens Abschiedsschreiben an seine Wähler in Leamington ist an sich ein staatsmännisches Dokument.

Edens Nachfolger ist von der Königin im Einklang mit der konstitutionellen Tradition berufen worden. Ob ihn Eden persönlich empfohlen hat — bleibt ein Geheimnis. Jedenfalls waren Winston Churchill als rangältestes Mitglied der Konservativen Partei im Unterhaus und Lord Salisbury als Führer der Partei im Oberhaus die konstitutionell maßgebenden Berater. Die Kritik der Sozialisten, die den Konservativen vorwirft, der Königin nicht durch sofortige Neuwahl eines Parteiführers die Berufung des neuen Ministerpräsidenten diktiert zu haben, ist ebenso grundlos wie ihre Behauptung der angeblichen Notwendigkeit einer Parlamentsauflösung. Keines der Blätter hat diesen «Wahlhunger» der Sozialisten witziger verlacht als gerade der Eden so scharf bekämpfende «Manchester Guardian» (11. 1.).

Die neue Regierung ist politisch durchaus die Nachfolgerin der Regierung Edens. Zur großen Entrüstung der Liberalen und der sozialistischen Opposition hat Macmillan Selvyn Lloyd als Außenminister beibehalten und damit seiner vollen Solidarität mit Eden in seiner bisherigen Außenpolitik Ausdruck gegeben. Die sehr gute Aufnahme der neuen Regierung in Washington und die dort sofort ausgedrückte Hoffnung auf einen baldigen Besuch Macmillans sind die beste Antwort auf die Behauptung der Opposition

(inklusive der «Times»), daß Edens Außenminister unbedingt entlassen werden müsse, wenn die Regierung bessere Beziehungen zu Amerika haben wolle. Bezeichnend ist Macmillans Verzicht auf jegliche weitere Dienste des Verteidigungsministers Head, der als verantwortlich gilt für die schicksalsschwere Verzögerung der Truppenlandung nach dem Ultimatum. Die Wahl Duncan Sandys', Churchills Schwiegersohn, zum Nachfolger Heads, ist bezeichnend für den großen Einfluß des greisen Staatsmannes auf Macmillan.

Die Stärkung der Stellung Butlers im neuen Kabinett war ein sehr kluger Schritt Macmillans, um sich die Unterstützung seines Rivalen für die Ministerpräsidentschaft nicht entgehen zu lassen. Butler war trotz seiner kritischen Einstellung gegenüber der Suezpolitik äußerst loyal gegenüber Eden, konnte aber gerade wegen dieser kritischen Einstellung nicht zur Führung der Partei in einem Augenblick berufen werden, in dem sich alle demonstrativ zum «gefallenen» Eden bekennen wollten. Dagegen ist die Ernennung des großen «Europäers» Thorneycroft zum Schatzkanzler bezeichnend für Macmillans Bekenntnis zur Europäischen Zollunion. Seine erste Begegnung als Ministerpräsident war ja mit Spaak, dem großen Vorkämpfer eines vereinigten Europas und Nachfolger Lord Ismays als Generalsekretär der NATO. Westeuropa plus British Commonwealth ist das Schlagwort des Augenblicks. Nach Ansicht des «Manchester Guardian» (15. 1.) sollte «Macmillans Regierung ihre ersten schöpferischen Bestrebungen in ihrer Außenpolitik auf innigere Beziehungen zu Westeuropa richten... Darin könnte sie auf die wärmste Unterstützung seitens der USA rechnen». Überdies war es ja doch gerade Eden, «dem dankbare Erinnerung gebührt für seine Befürwortung des Eintritts Großbritanniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft». Macmillans Rundfunkansprache proklamierte die «Dritte Macht» als Ziel der Regierung.

Ein Grund für die Unterstützung der Beteiligung Englands an den Vorarbeiten für die Zollunion resp. Marktgemeinschaft war freilich die Erbitterung vieler Konservativer über die Haltung Amerikas während der Suez-Krise. Diese Erbitterung war die treibende Kraft hinter der Bewegung für die Bildung einer «Dritten Macht». Einer ihrer Vorkämpfer, Kenneth de Courcy, tritt in der Januarnummer seines «Intelligence Digest» für die dringende Notwendigkeit der Schaffung einer solchen Macht ein, bestehend aus Westeuropa und den nichtasiatischen Ländern des Commonwealth. Innerhalb der konservativen Parteileitung entstand eine «Expanding Commonwealth Group». Die Idee beruht auf der Möglichkeit eines Gleichgewichtes zwischen der «Dritten Macht» und den USA einerseits, Rußland und China andererseits. Nur so könne eine auf Gleichberechtigung beruhende Allianz mit den USA neugegründet werden. Diese Erbitterung gegen Amerika wird verstärkt, nicht nur durch die beschämende Ratlosigkeit der Vereinigten Nationen gegenüber der Vergewaltigung Ungarns durch Rußland — im Gegensatz zu ihrem «Hochmut» gegenüber den gefügigen «Angreifern» des so rußlandfreundlichen Ägyptens —, sondern auch durch die neue «Eisenhower-Doktrin», die hier meist als verspätete Erkenntnis der Richtigkeit der Edenschen Beurteilung des mittelöstlichen Gefahrenherdes gilt. Hätte sie gleich nach der Kündigung der Bereitwilligkeit zur Finanzierung des Assuan-Dammes proklamiert werden können, wäre es doch nie zu Nassers Verstaatlichung des Kanals und um so weniger zur britisch-französischen Intervention gekommen. Die Regierung betont aber stark ihre Treue zur Solidarität mit Amerika. Macmillan kann in seiner europäischen Politik auf die Unterstützung der Opposition rechnen. Gaitskell hat am 13. 1. in Washington erklärt, daß er «viele Gründe für eine engere Gemeinschaft mit Europa» sähe, aber gewiß nicht «wegen eines Streites mit den USA». Doch glaubt er nicht, daß Englands Beteiligung an einer Westeuropäischen Föderation möglich sei, vor allem mit Rücksicht auf «die viel größere Bedeutung der atlantischen Allianz». Auch bleibt ja noch die Frage offen, ob die britischen «Europäer» eher an einen Bund zwischen Westeuropa (mit England) und dem Commonwealth denken, oder an die Einbeziehung Westeuropas in das Commonwealth. Freier Handel ist aber wohl nur innerhalb Europas aktuell.

Dringender als die Realisierung der europäischen Zollunion ist natürlich für die neue Regierung die Lösung der Mittelostfrage, die leider Eden nicht gelungen ist. Das

ist heute nur mit amerikanischer Hilfe möglich. Nassers Drohungen, die Durchfahrt britischer und französischer Schiffe von «Bedingungen» abhängig zu machen, wurden bereits mit der Reaktivierung der Genossenschaft der Kanalbenützer beantwortet. Die völlige Solidarität der überwiegenden Mehrheit der am Suez-Kanal interessierten Staaten ist damit wieder hergestellt worden. London bleibt der administrative Sitz der Genossenschaft und Amerika hat sich verpflichtet, die notwendigen Garantien für die freie Durchfahrt durch den Kanal für alle Staaten von den Vereinigten Nationen und der ägyptischen Regierung zu erlangen. Die Hartnäckigkeit Ben Gurions in der Verteidigung der diesbezüglichen Rechte Israels wird von allen britischen Parteien als Verdienst für die gemeinsame Sache unterstützt.

Die Eisenhower-Doktrin erleichtert auch der neuen Regierung ihre Schwierigkeiten in ihren verbliebenen mittelöstlichen Interessensphären zu überwinden, vor allem gegenüber Nassers imperialistischen Hetzereien im Jemen, in Jordanien und Syrien. Hinter allen diesen Intrigen und Lügenfeldzügen ist ja Rußland die treibende Kraft. Die noch im Dezember erfolgte Stärkung der atlantischen Allianz erleichtert ja auch sehr die Stellung Großbritanniens in Europa gegenüber der durchaus nicht abgeschwächten russischen Gefahr. Das Zypern-Problem ist schon weniger unlösbar geworden, und die nordirische Irredenta hat bereits eine bisher nie dagewesene antiterroristische Verständigung zwischen London und Dublin herbeigeführt. Mit amerikanischer Hilfe ist England der drohende Mangel an Dollarreserven in der Bank von England erspart worden; dies macht die Überwindung der durch die Suez-Krise verursachten wirtschaftlichen Schwierigkeiten leichter. Es handelt sich ja heute nur darum, die wenigen Monate bis zur Freimachung des Kanals und der Wiederinstandsetzung der Röhrenleitungen zu überdauern.

Wirtschaft und Opposition

Trotz der mit amerikanischer Hilfe erfolgten Sicherstellung der Gold- und Dollarreserven der Bank von England ist freilich die wirtschaftliche Lage äußerst schwierig. Die Abhängigkeit des Landes vom mittelöstlichen Erdöl ist neuerdings bewiesen worden. Die Kohlenförderung ist seit langem ungenügend, und der steigende Bedarf an elektrischem Strom kann nur durch weitgehendste Sparsamkeit gedeckt werden. Die industrielle Ausbeutung der Kernkraft ist trotz aller imponierenden und vielversprechenden Errungenschaften auf diesem Gebiete in England doch noch meist Zukunftsmusik. Die Berufung eines besonderen, nichtparlamentarischen Fachmannes für Kernforschung in das Kabinett, in der Person Sir Percy Mills, ist an sich ein Beweis der überragenden Bedeutung, welche die neue Regierung diesem Probleme beimißt. Auch hat Macmillan keine Zeit verloren, um mit drastischen Einsparungen, u. a. im Haushalte der Landesverteidigung, und anderen unpopulären Maßregeln, die durch die Folgen von Suez desorganisierten Finanzen in Ordnung zu bringen. Das größte Problem bleibt jedoch die Inflation, die durch das Anwachsen der Preise bedingte Lohnbewegung und die durch den Benzinmangel verursachte Arbeitslosigkeit in der Automobilindustrie, mit ihren vielen Auswirkungen. Selbst mit weitgehendster amerikanischer Hilfe kann England während eines halben Jahres auf kaum mehr als drei Viertel seiner normalen Ölzufuhr rechnen, und die arabischen Erpressungsversuche, die Wiederherstellung der Röhrenleitungen von Israels Kapitulation in der Frage von Gaza und Tirian abhängig zu machen, verdunkeln noch die Perspektiven.

Alle diese und andere Schwierigkeiten bilden für die Opposition eine willkommene Gelegenheit zum Aufhetzen der Bevölkerung gegen die an «den Folgen von Suez» schuldige Regierung. Die Sozialisten wollen ja um jeden Preis Neuwahlen erzwingen. Freilich haben sie sich schon etwas lächerlich gemacht mit der Behauptung, die Königin hätte das Parlament aus eigenem Antriebe auflösen sollen, als ob sie eine absolute Herrscherin wäre. Anscheinend ist jedes Mittel gut, wenn es nur dem Sozialismus behilflich ist. Der «Daily Herald» wettert tagaus tagein gegen die angebliche Ausbeutung

des Volkes durch eine von der Interessenvertretung «der besitzenden Klassen» und «altmodischen Imperialisten» abhängige Regierung. Sogar vor verleumderischen Angriffen auf die sehr gerechte Benzinverteilung scheut man nicht zurück.

Macmillan nimmt wohl diese ganze Hetze nicht allzu tragisch. Vor allem ist bloß ein Bruchteil der Arbeiterschaft durch Arbeitslosigkeit, Verringerung der Zinsprivilegien in kommunalen Häusern und Benzinmangel in Schwierigkeiten geraten. Den meisten Arbeitern geht es noch verhältnismäßig besser als dem kleinkommerziellen Mittelstande. Überdies hat der Drang zur Auswanderung nach Kanada und Australien so stark zugenommen, daß die Vertretungen dieser Commonwealthländer die größten Schwierigkeiten in der Bewältigung dieses Massenandranges haben. Infolge dieser Auswanderung sollte nicht nur jegliche Arbeitslosigkeit bald überwunden werden, sondern auch das alte Problem der Übervölkerung dieser Insel eine Lösung finden. Seit Jahren predigen die Vorkämpfer der Erhaltung des «British Empire» die Notwendigkeit einer solchen Auswanderung; sie kann daher nicht als böse Folge der «Suez-Krise» verschrien werden. Freilich werden ihre Vorteile durch die Einwanderung von Tausenden farbiger britischer Staatsbürger aus den westindischen Inseln teilweise paralysiert und im Herzen Englands wird ein Miniaturzerrbild des amerikanischen Farbigenproblems geschaffen.

Die größte Schwäche der Opposition ist jedoch — trotz Bevans oratorischem Führertalent und dem Anwachsen der sozialistischen Stimmen in den Ergänzungswahlen — die Krise in den Gewerkschaften. Die Gewerkschaften sind Korporativ-Mitglieder der Labourpartei und verfügen bei Parteikongressen über ebenso viele Stimmen als sie eingeschriebene Arbeiter aufweisen, auch wenn viele dieser Arbeiter sei es konservativ wählen, sei es sich von jeglicher Politik fernhalten: ohne die mächtigen Kassen der Gewerkschaften wäre der britische «fabianische» Sozialismus impotent. Doch diese politische Rolle der Gewerkschaften zwingt sie nicht nur unter einer Labour-Regierung, sondern auch — in der Erwartung einer solchen — unter einer Tory-Regierung, die Vertretung der Arbeiterinteressen mit der Staatsräson in Einklang zu bringen. Diese Rolle wird in den verstaatlichten Industriebetrieben besonders schwierig, in denen die jeweilige Regierung auch Unternehmer («der kapitalistische Ausbeuter») ist. Bei der ihnen in der kommunistischen Welt angewiesenen Funktion staatlicher Arbeitsaufseher würde eine solche Rolle der Gewerkschaften auf die Spitze getrieben.

Trotzdem die Gewerkschaftsführung und ihr oberstes Organ, das Trade Union Council (TUC), ihre Eigenschaft vor allem als Interessenvertreter der Arbeiterschaft aufs beste zu bewahren suchen, leidet ihre Autorität sehr in ihrer neuen Rolle. Dies gilt vor allem für jene Gewerkschaften, deren Führung sich weiterhin in den Händen verantwortungsvoller Männer befindet. Die Demagogen haben es natürlich leichter, aber sie sind glücklicherweise in der Minderzahl. Diese verantwortlichen Führer sind zwar noch immer ihrer Wiederwahl sicher, aber die Indisziplin ihrer Wähler macht deren Führung in vielen Fällen illusorisch. Sehr selten proklamiert die Führung einen Streik. Aber die untere Führung an Ort und Stelle, respektive die Masse der Arbeiter in verschiedenen Betrieben, trifft ihre eigenen Entscheidungen ganz unbekümmert um die Meinung «dort oben». Seit dem Kriege sind weitaus die meisten Streiks nicht nur ohne Beschluß «von oben» ausgebrochen, sondern gegen die ausdrücklichen Beschlüsse der betreffenden, völlig machtlosen Gewerkschaftsführung. In den Kohlengruben z. B. ist die Gewerkschaftsleitung so machtlos, daß sie nicht nur nichts tun konnte, um die Arbeiter zur regelmäßigen und täglichen Arbeit während der arbeitsvertragsmäßigen Stunden zu veranlassen und dadurch wenigstens die vorgesehenen minimalen Produktionsnormen sicherstellen; sie konnte nicht einmal die Arbeiter dazu bewegen, Italiener als Arbeitsgenossen anzunehmen. Es ist zu befürchten, daß auch die vielen jetzt hier befindlichen Flüchtlinge aus den ungarischen Kohlenrevieren keine Arbeit werden finden können, trotz dem steigenden Mangel an Grubenarbeitern. «Wir müssen uns vor Arbeitslosigkeit sichern», ist die ständige Antwort auf alle Überredungsversuche seitens

der Führung. Für die sozialistischen Führer ist dieser Ultranationalismus ihrer Genossen höchst beschämend.

Seinerzeit galt es als große Errungenschaft der Führung, wenn die Unternehmer nach einem Streik auf jegliche Maßregeln wegen Indisziplin verzichteten. Heute werden regelmäßig nach jedem Streik Arbeiter, die sich weigerten auf rechtlich unerlaubte Weise ihre Werkstätte zu verlassen, auf jede Art und Weise verfolgt; oft wird deren Ausweisung zur Bedingung der Wiederaufnahme der Arbeit gemacht. Häufig werden auf Gewerkschaftskongressen Beschlüsse gefaßt, welche die Führung als schädlich und undurchführbar bezeichnet und dadurch selbst in eine unmögliche Lage gerät. Natürlich werden diese Zustände von den Kommunisten ausgebeutet, um womöglich die Führung zu stürzen und ihre Werkzeuge wählen zu lassen, wie dies z. B. in der elektrischen Industrie der Fall ist. Aber in den meisten und größten Gewerkschaften beruht das Problem nicht auf rebellischen Machtgelüsten in den Reihen der Gewerkschafter, sondern auf deren Mangel an Vertrauen zu einer «politischen» Führung überhaupt. Die ganze Zukunft der Gewerkschaften, und infolgedessen der von ihnen finanzierten Labourpartei, steht auf dem Spiele. Partei- und Gewerkschaftsführung werden einen Ausweg aus diesem Dilemma finden müssen — im eigensten Interesse. Das kommende Frühjahr mag ja in dieser Hinsicht sehr interessante Momente bringen, vor allem die drohende Lohnforderungsspirale, in einer Zeit, in welcher nur die weitgehendste Stabilität die Überwindung der wirtschaftlichen Krise möglich macht. Dies erfordert doch die Solidarität aller Briten, ob sie nun für oder gegen «das Suez-Abenteuer» waren.

Adam Romer

Bericht aus Polen

Das Gomulka-Polen sucht Verbündete

Die Ereignisse in Polen haben auch zu Anfang des neuen Jahres an Schnelligkeit und an Bedeutung nichts eingebüßt. Nach wie vor steht das Land an der Weichsel vor schweren außen- und innenpolitischen Problemen. Die neue Serie der wichtigen Vorkommnisse nach dem Abschluß der polnisch-russischen Abmachungen vom 18. 11. 56 begann mit der Unterzeichnung des polnisch-russischen Truppenvertrages. Dieses Abkommen vom 17. 12. 56 mit der offiziellen Bezeichnung «Der Rechtsstatus der vorübergehend auf dem Territorium Polens stationierten sowjetischen Truppen» wurde nach eingehenden Verhandlungen, die von einer gemischten Kommission der Militär- und Rechtsexperten Polens und der Sowjetunion in Warschau mehrere Wochen geführt wurden, fertiggestellt und stellt für das Gomulka-Regime ein wichtiges Dokument dar. Die Stärke und die Bedeutung des Vertrages liegt nicht so sehr in der praktischen als vielmehr in der theoretischen Sphäre und dient der Warschauer Regierung als eine völkerrechtliche Urkunde für die Verteidigung ihrer Souveränitätsrechte. In 20 Paragraphen wurde darin der Status der sowjetrussischen Truppeneinheiten geregelt und damit eine, wenn auch sehr relative Garantie vor einem erneuten Interventionsversuch der russischen Divisionen, erreicht. Die Sowjetunion hat sich in dem ersten Artikel des Vertrages verpflichtet, ihre in Polen gehaltenen Streitkräfte in keiner Weise dazu zu benutzen, um die souveränen Rechte des polnischen Staates zu beeinträchtigen. Und das ist das wichtigste an dem ganzen Abkommen, das in einer Reihe von Punkten die Mitbestimmung und Kontrolle der polnischen Behörden in dieser heiklen Frage der polnisch-russischen Beziehungen vorsieht.

Aber Gomulka und seine Mitarbeiter scheinen die Bedeutung des Truppenabkommens nicht zu überschätzen, und sie suchen nach jeder Gelegenheit, um der Außenpolitik ihres Regimes eine breitere Grundlage zu geben. Die praktischen Möglichkeiten sind angesichts der geographischen Lage und der aus der kommunistischen Ideologie resultierenden Verpflichtungen nicht allzu groß. Die in Frage kommenden Partner müssen unter den gleichgesinnten Politikern und Ländern gesucht werden, und eine solche Auswahl ist infolge der Entwicklung in den Ostblockstaaten sehr eng begrenzt.

Polnisch-jugoslawische Gespräche

Die nächstliegende Chance bot sich dem nationalkommunistischen Regime Gomulkas in der Sphäre der Beziehungen mit dem titoistischen Jugoslawien. Zwischen dem 19. und 29. 12. 56 weilte eine Delegation des Zentralkomitees des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens zu einem Freundschaftsbesuch in Polen. Aber die Atmosphäre, in der die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien stattfanden, war sehr getrübt. Bereits am Vortage der Ankunft der jugoslawischen Delegation hat Moskau einen heftigen Angriff gegen den zweiten Mann in Belgrad, Edvard Kardelj, losgelassen. Da sich die «Prawda»-Kritik auch gegen die Einrichtung der jugoslawischen Arbeiterräte richtete, die in Polen seit mehreren Wochen eingeführt wurden, war es klar, daß man damit auch die polnischen Kommunisten unter Druck setzen wollte. Auf der gleichen Linie lag die gemeinsame Erklärung der SED und der tschechoslowakischen Kommunisten vom 20. 12. 56, die indirekt ebenfalls gegen eine polnisch-jugoslawische kommunistische Allianz gerichtet war.

Das alles mußte sowohl von den Jugoslawen wie auch von ihren polnischen Partnern berücksichtigt werden. Beide Seiten legten bei der Ausarbeitung des Schlußcommuniqués eine große Vorsicht an den Tag, um die gespannten Beziehungen mit Moskau nicht unnötig zu belasten. Das geschah vor allem mit Rücksicht auf die politische und geographische Lage Polens, das bei der Verwirklichung des Programms des polnischen Nationalkommunismus von feindlich gesinnten Parteien im Osten, Westen und Süden umschlossen ist.

Im Communiqué, das im Anschluß an die polnisch-jugoslawischen Gespräche in Warschau und Belgrad veröffentlicht wurde, hat man sich in geschickter Weise auf die Beschlüsse des XX. Parteitages der sowjetrussischen Kommunisten gestützt und daraus die Möglichkeit einer — wie es hieß — richtigen Zusammenarbeit zwischen den kommunistischen Parteien abgeleitet. Die polnischen und die jugoslawischen Kommunisten betonen in dem gemeinsamen Communiqué, daß die verschiedenen Länder auf verschiedenen Wegen zum Sozialismus gelangen können.

Diesem Geist entspricht auch die Forderung, daß die Diskussion und Kritik zwischen den einzelnen Parteien schöpferisch und aufrichtig sein müsse. Darüber hinaus hat man sich auf eine gemeinsame Formel geeinigt, daß man auch mit den sozialdemokratischen Parteien Kontakte suchen müsse.

Polnisch-chinesische Verhandlungen

Nach den Jugoslawen weilten in Polen chinesische Kommunisten mit dem Ministerpräsidenten Rotchinas, Tschu En-lai, an der Spitze. In der Zeit vom 11. bis 16. 1. haben die Besucher aus Peking eingehende politische Gespräche mit Gomulka und seinen Mitarbeitern geführt und eine Rundreise durch Polen unternommen. Der Besuch endete mit einem gemeinsamen polnisch-chinesischen Communiqué. Die Haltung der chinesischen Partei war unmittelbar nach den Oktoberereignissen in Polen Gomulka und seiner Konzeption gegenüber sehr wohlwollend. Dies brachte auch die chinesische Regierung

in einer amtlichen Erklärung am 1. 11. 56 zum Ausdruck, indem sie darauf hinwies, daß sich die Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten auf die bekannten fünf Grundsätze der gegenseitigen Achtung, der Souveränität, der territorialen Integrität, der Nichtaggression, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Vorteile der Zusammenarbeit stützen müßten.

Mit allem Nachdruck betonte Peking damals, daß die Forderungen Polens und Ungarns in der Unabhängigkeitsfrage «völlig richtig waren».

Um so größere Überraschung hat in Polen die Ende des Jahres von der chinesischen Partei vollzogene Wendung zu Gunsten der sowjetrussischen Auffassungen über den Nationalkommunismus hervorgerufen. Da jedoch die chinesische Stellungnahme zu dem Streit über den Stalinismus und den Nationalkommunismus nicht in der Form eines Beschlusses des Politbüros der KP Chinas erfolgte, sondern als ein Leitartikel des Organs der chinesischen Partei erschien, blieb für Gomulka ein Schimmer von Hoffnung, daß die chinesischen Kommunisten ihr letztes Wort noch nicht gesprochen hätten und man mit ihnen über die wesentliche Frage der verschiedenen Wege zum Sozialismus diskutieren könne. Tschu En-lai hat allerdings durch die Betonung der Führungsrolle der Sowjetunion innerhalb des sozialistischen Lagers in der Rede bei seiner Ankunft und in den Erklärungen während der ersten zwei Tage seines Besuches in Warschau diese Hoffnungen stark enttäuscht. Bei allen Empfängen und Kundgebungen, auf denen der hohe Gast aus Peking und die polnischen Parteiführer sprachen, kam immer wieder der Gegensatz über die Auslegung des Begriffes von der Solidarität der kommunistischen Staaten und Parteien zum Vorschein. Der chinesische Staatsmann, der offenbar unter dem Eindruck der Gespräche mit den sowjetrussischen Parteiführern stand, betonte den ideologischen Führungsanspruch der sowjetrussischen Partei, während die polnischen Kommunistenführer den Gedanken der Gleichberechtigung und der nationalen Besonderheiten der kommunistischen Entwicklung in den Vordergrund stellten.

Angefangen mit seiner Krakauer Rede vom 13. 1., ließ Tschu En-lai die Hervorhebung der beherrschenden Stellung der Sowjetunion fallen und schwächte seinen ursprünglichen Standpunkt zusehends ab. Offensichtlich haben die polnischen Parteiführer seine unter dem Einfluß Moskaus entstandenen Befürchtungen über die Konsequenzen der Gomulka-Politik zu zerstreuen verstanden. Auf dieser Verständigungsgrundlage ist das gemeinsame polnisch-chinesische Communiqué vom 16. 1. zustande gekommen. Die chinesische Partei erkennt darin den Grundsatz der spezifischen Bedingungen an, unter denen sich der Sozialismus in den einzelnen Ländern entwickeln kann und verspricht der polnischen Partei bei ihrem selbständigen Weg zum Sozialismus ihre Unterstützung.

Und dies ist ein nicht zu unterschätzender Vorteil für die polnische Partei. Die Billigung ihrer Politik durch China bedeutet eine große Bresche in dem Isolierungsring, den Moskau in der letzten Zeit um Polen und um die polnische Partei legte. Das gibt ferner Gomulka eine starke ideologische und organisatorische Waffe für die Auseinandersetzung mit den starken einheimischen stalinistischen Kräften.

Dafür mußte Polen jedoch einen Preis zahlen, der in der weiteren Einschwenkung der Warschauer Außenpolitik auf die Linie Moskau-Peking in der Haltung zur ungarischen Frage und zu den Schlüsselproblemen der Weltpolitik sichtbar wird. Noch im November des vergangenen Jahres gelang es Gomulka, die ausdrückliche Erwähnung der Unterstützung für das Kadar-Regime zu verhindern. Zwei Monate später mußte er dem entsprechenden Druck Rotchinas weichen und die Plattform der kurz nach Neujahr in Budapest abgehaltenen Konferenz der fünf kommunistischen Parteien der Ostblockstaaten in vollem Umfang befürworten. Damit kann das Wesen des polnisch-chinesischen Kompromisses vom 16. Januar in einem lapidaren Satz zusammengefaßt werden:

Freie Hand im Innern für den Preis der außenpolitischen Bindungen.

Das bedeutendste innenpolitische Ereignis seit dem Oktoberumschwung war die allgemeine Wahl zum polnischen Parlament, das den traditionellen Namen des Sejm trägt. Die Wahlen fanden genau drei Monate nach dem antistalinistischen Umsturz in der polnischen Parteiführung statt und schlossen damit die erste Periode der innenpolitischen Umwandlungen Polens unter Wladyslaw Gomulka ab. Die neue Führung Polens hat von vornherein erkannt, daß man dem nach der politischen Freiheit dürstenden Volk den neuen Sejm nicht in der alten Form eines der Exekutive unterstellten Parlamentes geben dürfe. Wochenlang wurden in den führenden politischen Kreisen der antistalinistischen Richtung, noch vor dem entscheidenden Oktober-Plenum der polnischen KP, Überlegungen angestellt, wie man das neue Wahlgesetz konstruieren solle, damit es den volksdemokratischen Grundsätzen Rechnung trägt, zugleich aber die Erwartungen des Volkes nicht enttäuscht. Und schließlich hat man sich auf eine Abwandlung des alten Wahlgesetzes geeinigt in dem Sinne, daß dem Wähler die Möglichkeit gegeben werden muß, unter verschiedenen Bewerbern um den Abgeordnetensitz tatsächlich wählen zu können. Während das alte Wahlgesetz vom Jahre 1952 in einer strengen Anlehnung an das russische Vorbild der Wahlordnung für den Obersten Sowjet bestimmte, daß die Zahl der Kandidaten die Zahl der zu wählenden Abgeordneten nicht überschreiten dürfe, besagte das neue Wahlgesetz im Artikel 39, daß «die Zahl der Kandidaten auf der Wahlliste die Zahl der auf den entsprechenden Wahlbezirk entfallenden Abgeordneten überschreiten soll, jedoch nicht mehr als um Dreiviertel der Plätze».

Das war das entscheidende Novum an dem neuen Wahlgesetz, und es stellte eine Abkehr von allen bisherigen volksdemokratischen Wahlen in den Ostblockstaaten dar. Eine andere Abwandlung der bisherigen Praxis wurde mit der Bestimmung des Wahlgesetzes erreicht, daß die Kandidaten für die Abgeordnetensitze nicht wie früher ausschließlich von den politischen Parteien und den sogenannten Massenorganisationen, sondern auch aus den Kreisen der Bevölkerung, der einzelnen Betriebe und Institutionen vorgeschlagen werden dürfen. Die Ausführung dieser Formel brachte gleich die ersten Schwierigkeiten an den Tag. Es wurden nämlich 60 000 Wahlvorschläge gemacht, während der neue Sejm nur 459 Abgeordnete zählen darf. Die Schiedsrolle spielte die Zentrale Verständigungskommission der drei bestehenden politischen Parteien, und zwar der kommunistischen Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und der beiden pseudo-bürgerlichen politischen Gebilde: der Vereinigten Bauernpartei und der Demokratischen Partei. Diese Kommission hatte ähnliche Institutionen auf den unteren Verwaltungsgebieten. Von den 60 000 Bewerbern sind nur 750 übriggeblieben, wobei die Zusammenstellung in einem stärkeren Maße die sogenannten zentralen Kandidaten der Parteivorstände, das heißt die profilierten Politiker, als die lokalen Bewerber berücksichtigte. Daraus entstand der erste Konflikt in dem Wahlkampf, weil sich die Bevölkerung auf den Standpunkt gestellt hatte, daß von diesen Spitzenfunktionären die kommunalen Interessen nicht genügend verteidigt werden.

Ein anderer Konflikt brach einfach deswegen aus, weil ein großer Teil der Bevölkerung die Einheitsliste, auf der man nur unter den einzelnen Bewerbern hätte abstimmen können, ablehnte und eine Kraftprobe zwischen den drei Parteien verlangte. Als die kommunistische Partei Gomulkas diese Forderungen als einen direkten Angriff gegen die fundamentalen Auffassungen von der Volksdemokratie scharf verurteilte, machte sich sofort eine Wahlboykott-Propaganda bemerkbar.

Der Kampf auf zwei Fronten, nämlich gegen die Unzufriedenheit der unberücksichtigt gebliebenen über 59 000 Bewerber, welche die Klippe des Wahlgesetzes nicht umschiffen konnten, und gegen die Gegner einer Einheitsliste wäre mit den vernünftigen Argumenten der gefährlichen internationalen und innenpolitischen Lage des neuen Regimes und seiner Politik vielleicht leicht zu bewältigen gewesen, wenn nicht eine neue und in den weiteren Konsequenzen gefährlichere oppositionelle Kraft aufgetreten

wäre. Es haben sich nämlich die im Oktober geschlagenen Stalinisten zum Wort gemeldet und wollten die Wahlen vom 20. Januar für einen Schlag gegen Gomulka verwenden. Die Taktik der Stalinisten wurde der neuen Lage angepaßt. Da ihnen die Beeinflussung der polnischen Presse und des Rundfunkprogramms entzogen wurde, bedienten sie sich der Flugblätter, Broschüren und vor allem einer überhand genommenen Flüsterpropaganda. In diesen Veröffentlichungen und in der mündlichen Propaganda wurde von den stalinistischen Kräften jede Möglichkeit ergriffen, um die Atmosphäre einer allgemeinen Unruhe unter den Wählermassen zu stiften und die Vertrauensbasis zwischen dem Gomulka-Regime und der Bevölkerung zu zerstören. Sie verleumdeten die neuen Führer der Partei, sie seien im Grunde Stalinisten geblieben und hätten ein Doppelspiel getrieben. Ferner hat die stalinistische Gruppe eine grenzenlose antisemitische Hetze entfacht und versuchte, mit dieser niedrigsten Waffe Unruhen im Innern des Landes zu entfachen und gleichzeitig das Gomulka-Regime in den Augen des Auslandes zu diskreditieren. Sie benutzten schließlich ihre Strohmänner, meistens aus dem großen Heer der 59 000 nicht zugelassenen Kandidaten, um an die kandidierenden Bewerber demagogische und unerfüllbare politische und wirtschaftliche Forderungen zu stellen. In der letzten Phase des Wahlkampfes sind die Stalinisten schließlich dazu übergegangen, die Parole von der Streichung der zentralen Kandidaten, d. h. aller führenden Politiker der Gomulka-Partei und der beiden anderen Parteien zu propagieren.

Da von den 720 an dem Wahlkampf beteiligten Kandidaten 261 ausscheiden mußten, bestand die Gefahr, daß, wenn die Bevölkerung der Kampagne der Stalinisten Folge leisten würde, Gomulka seine besten Mitarbeiter und Gleichgesinnten aus dem Parlament und folglich aus der neuen Regierung verlieren würde.

In einer solchen Situation entschloß sich Gomulka am 9. Januar an die polnische Bevölkerung zu appellieren und um eine En-bloc-Stimmabgabe zu bitten. Von unschätzbarer Bedeutung war für das Gomulka-Regime die Unterstützung der katholischen Hierarchie, die sich gegen die Wahlboykott-Propaganda stellte und das traditionell katholische Volk zur staatsbürgerlichen Pflicht ermahnte. Am Vorabend der Wahl richtete Gomulka einen neuen, sehr ernsten Appell an die Nation und machte kein Hehl daraus, daß im Falle einer Niederlage seines Regimes dem polnischen Volk ein tragisches Schicksal bevorstehen würde. Es scheint, daß die große Mehrheit der Bevölkerung die Worte Gomulkas als eine Warnung vor einer dann nicht ausbleibenden Intervention Moskaus begriffen hat und die an sich unbeliebte und unpopuläre Stimmabgabe in der Form eines Referendums für oder gegen Gomulka vornahm. Eine neunzigprozentige Wahlbeteiligung und ein großer Sieg der Kandidaten des neuen Regimes waren das Resultat der offensichtlich notwendig gewordenen antistalinistischen Vorsichtsmaßnahmen.

Alexander Korab

Bericht über Bulgarien

Mit Russophilie fing es an...

Einst hieß es im Kriege, das bulgarische Königshaus sei germanophil, die bulgarische Regierung anglophil (wegen ihrer Bereitwilligkeit, Waffenstillstandsverhandlungen mit den westlichen Alliierten zu führen) und das bulgarische Volk russophil. Der bulgarische König Boris III starb im August 1943 nach einer Besprechung mit Hitler eines mysteriösen Todes. Die bulgarische Regierung wurde nach dem Einmarsch der Roten Armee in Bulgarien im September 1944 und nach dem im Januar 1945 inszenierten größten

Schauprozeß der Justizgeschichte restlos liquidiert. Es saßen drei Regenten, darunter der königliche Prinz Kyril, drei Ministerpräsidenten, acht königliche Berater, 26 Minister und 122 Abgeordnete auf der Anklagebank. Von den 162 Angeklagten wurden 96 zum Tode und die restlichen 66 zu lebenslänglicher Zwangsarbeit und Gefängnis verurteilt. Auf die danach gestellte Frage, ob die bulgarische Regierung Großbritannien über die Todesurteile unterrichtet habe, antwortete der britische Außenminister Eden im Unterhaus, daß er nicht wüßte, warum sie, die bulgarische Regierung, dies hätte tun sollen; der Prozeß gegen die Kriegsverbrecher sei ja eine Angelegenheit, die nur die Bulgaren interessiere. Es dürfte allerdings nicht nur die Bulgaren interessieren, sondern alle Welt, die noch irgend etwas von der Freiheit des Menschen und vom Menschen selbst hält, daß es in Bulgarien nicht bei den genannten 96 Todesurteilen geblieben ist, sondern allein in den ersten Wirren des Umsturzes und dem darauffolgenden Massaker nicht weniger als 50 000 Menschen umgebracht wurden und die Zahl aller Opfer des kommunistischen Regimes bis heute bei weitem die 100 000-Grenze übersteigt — bei einer Gesamtbevölkerung Bulgariens von 7 Mill. Einwohnern nach dem Kriege! Immerhin ist von jener Zeit der dreifältigen bulgarischen «-Philie» das bulgarische Volk mit seiner viel besungenen russophilen Einstellung übriggeblieben, und es liegt sehr nah, die Frage zu stellen, was nun diese Einstellung den Bulgaren bisher gebracht hat und wie es damit noch zur Zeit bestellt ist.

Abgesehen von den völkischen und abstammungsmäßigen, sprachlichen, religiösen und vielen anderen Verwandtschaften zwischen Bulgaren und Russen verdienen zwei konkrete Ereignisse besondere Beachtung, will man die unbestrittene Sympathie verstehen, die bis vor einem Jahrzehnt in Bulgarien den Russen gegenüber herrschte. Welche Motive den russischen Zaren Alexander II. im Jahre 1877 bewogen haben mögen, den Türken den Krieg zu erklären, um die Bulgaren zu befreien, sei dahingestellt; Tatsache bleibt jedenfalls, daß das bulgarische Volk seine Befreiung nach einer fast fünfhundertjährigen türkischen Unterjochung den Russen und dem russisch-türkischen Krieg verdankt. Es gibt wohl auch nichts Natürlicheres in dieser Welt, als daß man seinem Befreier Dank zollt und seinen Unterdrücker haßt. So sehr sich die führenden bulgarischen Männer in dem nach der Befreiung jung konstituierten Königreich um die Errichtung eines von Rußland unabhängigen Staates bemühten und so sehr sie in der Tat in dieser Richtung auch Erfolg hatten, wollte die Geschichte mit Bulgarien doch keine Ausnahme machen und so beweisen, daß kein Volk frei ist, das seine Freiheit nicht selbst erkämpft hat! Denn 66 Jahre nach jener denkwürdigen Befreiung von den Türken durch die Russen wurde das bulgarische Volk erneut befreit — diesmal jedoch von seiner Freiheit durch seinen einstigen Befreier, jetzt Sowjets genannt!

Die Bulgaren haben nie das Gefühl verlieren können, daß sie ihre Freiheit und ihre Selbständigkeit im Grunde einzig und allein den Russen zu verdanken haben. Aber auch die Russen haben nie das Gefühl verloren, daß sie durch ihre Opfer im russisch-türkischen Krieg gewisse Anrechte auf den Balkan erworben haben. So geschah es, daß die sowjetischen Truppen bei ihrem Einmarsch in Bulgarien Anfang September 1944 von einer jubelnden Bevölkerung empfangen wurden, und so geschah es aber auch, daß die Ankömmlinge sich so gebärdeten, als ob sie lediglich wieder Besitz von alten und redlich erworbenen Rechten zu ergreifen hätten. Zudem war Bulgarien im ersten wie im zweiten Weltkrieg Deutschland freundschaftlich gesonnen, weshalb den Sowjets die Stunde der Bestrafung gekommen zu sein schien. Während die Jubelfreude des einfachen Volkes beim Einmarsch der Sowjets von einer Naivität und vom Glauben an den großen «Bruder Iwan aus Moskau» getragen wurde, brachten auch die bulgarische Intelligenz, sofern sie nicht sowieso kommunistisch inspiriert war, und das Bürgertum den erneuten «Befreiern» ihre Sympathiebeteuerungen dar.

Es hat sich in Bulgarien nämlich im Laufe der Zeit ein gewisser Nimbus um den russischen Menschen und um «Mütterchen Rußland» gebildet, denn auf der einen Seite war nach der Oktoberrevolution jegliche Verbindung zwischen Bulgarien und der Sowjetunion unterbrochen worden, so daß weder der einzelne noch die bulgarische

Öffentlichkeit in der Lage waren, sich ein Bild von dem kommunistischen Rußland zu machen, und auf der anderen Seite erhielten nach dem ersten Weltkrieg einige Tausend russische Emigranten (ungefähr 20 000) in Bulgarien Asyl, die für das Renommee des russischen Menschen geradezu ausgesucht erschienen. Es dürfte wohl keinen gebildeten Bulgaren geben, der auf der Mittelschule, im Gymnasium oder in der Universität nicht von russischen Lehrern unterrichtet worden ist. In den meisten, wenn nicht in allen Städten lebten einzelne oder mehrere russische Emigranten, die einst die obere und oberste Schicht im zaristischen Rußland bildeten und jetzt als Lehrer, Ärzte, Ingenieure, Wissenschafter, Künstler u. ä. ihr Auskommen in Bulgarien suchten. Jeder Bulgare wie jeder Europäer, der in Berührung mit dieser Auslese hochkultivierter russischer Menschen kam, gewann den Eindruck, der Russe müsse ein edler Mensch sein. Und so ist es nicht verwunderlich, wenn der größte Teil der bulgarischen Bevölkerung im Jahre 1944 auch in den einmarschierenden Sowjets die ihnen bekannten und vertrauten Russen und nicht den Einzug des kommunistischen Systems sahen. Doch gab es danach weder für die Bulgaren und Rumänen noch für alle anderen in die Hände der Sowjets gefallenen Völker einen anderen Ausweg, als sich dem neuen System zu unterwerfen.

Geführt von dem Altkommunisten *Georgi Dimitroff* fanden die mit den Sowjettruppen nach Bulgarien zurückgekehrten, früher emigrierten bulgarischen Kommunisten die Unterstützung eines Teils der kommunistisch infiltrierten bulgarischen Intelligenz, und weil zunächst auch das ganze Volk den neuen Predigern von «Gleichheit», «Fortschritt» und «sozialistischem Wohlstand» in der Tat Glauben schenkte, war und ist es nicht verwunderlich, daß Bulgarien inzwischen, im Vergleich zu allen anderen kommunistischen Ländern, ausgenommen vielleicht Albanien, zum treusten und hörigsten Satellit Moskaus geworden ist. Die einstige russophile Einstellung des bulgarischen Volkes hat nicht verfehlt, ihre Früchte zu tragen, zumindest bis zu der Zeit, als es schien, daß im ganzen roten Block nichts anderes herrsche als der moskauhörige Kommunismus. Dennoch zeigten die Signale von Ungarn und Polen auch den bulgarischen Machthabern, daß der Bogen der Versklavung der Völker überspannt ist und daß es lediglich eines Funkens bedarf, den Volksaufstand zu entfesseln. Die so oft mißbrauchte Sympathie, welche die Russen einmal in Bulgarien genossen haben, ist inzwischen gänzlich verbraucht und bereits in bitteren Haß verwandelt worden. In einen Haß, dessen Wurzeln in dem nie aufhörenden politischen Terror, in den wirtschaftlichen Mißständen und materiellen Nöten der breiten Bevölkerungsschichten und in den fortschreitenden kulturellen Assimilationsbestrebungen der Sowjetunion den günstigsten Nährboden finden.

Die vergewaltigte Landwirtschaft

Am 1. November 1956 veröffentlichten der Ministerrat und das Zentralkomitee der bulgarischen Kommunistischen Partei eine Mitteilung, in der es u. a. hieß, daß die zuvor eingeführte Brotrationierung aufgehoben werde, weil die bulgarische Regierung Getreideleihlieferungen mit der Sowjetunion vereinbart habe und auf diese Weise die Ernährung bis zur neuen Ernte gesichert sei. Für die Bedürfnisse der Mitglieder der landwirtschaftlichen Kollektivs, deren diesjährige Ernte besonders schwach gewesen ist, habe die Regierung bereits einen Naturalkredit an Getreide bis zur neuen Ernte gewährt.

Die Brotrationierung war in Bulgarien nämlich gerade einen Monat vor dem Ausbruch der ungarischen Revolution eingeführt worden. Aus Angst, daß womöglich auch das bulgarische Volk dem Beispiel der Ungarn folgen würde, sah sich die bulgarische Regierung gezwungen, die Brotrationierung aufzuheben und eine Anzahl anderer wirtschaftlicher Erleichterungen anzukündigen. In der genannten Mitteilung wird jedoch nirgendwo von der witterungsmäßig bedingten schlechten Ernte der noch privat verbliebenen Bauern gesprochen, das Wetter ist ja nur bei den Kollektiven schlecht ge-

wesen! Die propagandistisch in den Himmel gehobene Bereitwilligkeit der «brüderlichen Sowjetunion», den hungernden Bulgaren «erneut wie immer» zu helfen, erwies sich dabei als eine willkommene Gelegenheit, die geschwundene Liebe zur Sowjetunion wieder zu erwecken. Als ob die Mißstände in der bulgarischen Wirtschaft und die systematische Ausbeutung Bulgariens nicht gerade das Werk des «großen Bruders» gewesen wären!

In seinem Bericht über den Plan für 1957 vor dem Parlament am 27. 12. 1956 zählte der erste stellvertretende Ministerpräsident *Georgi Tschankow* u. a. auch einige Einzelheiten aus der bulgarischen Landwirtschaft und Nahrungsmittelversorgung auf, die Licht auf die wundeste Stelle der bisherigen kommunistischen Wirtschaftspolitik werfen. Mit einem Anteil von 79% des kollektivierten Sektors an dem gesamten Bauernland beansprucht Bulgarien auch für sich, das am weitesten fortgeschrittene Land Osteuropas in der Nachahmungspolitik der Sowjetunion zu sein. In keinem der übrigen Ostblockländer hat die Kollektivierung der Landwirtschaft bisher ein solch hohes Ausmaß erreicht. So werden in Polen über neun Zehntel des Ackerlandes immer noch von privaten Bauern bewirtschaftet (nach den letzten Meldungen sind inzwischen die meisten Kollektiven bereits aufgelöst), in Rumänien befinden sich noch sieben Achtel, in Ungarn vier Fünftel, in der Tschechoslowakei, in Ostdeutschland und Albanien drei Viertel und nur in Bulgarien ein Fünftel des Bauernlandes in den Händen von Privatbauern, aber auch diese sollen in den nächsten zwei, drei Jahren kollektiviert werden. Somit würde Bulgarien seine Landwirtschaft mit demselben Tempo und mit denselben Opfern voll kollektiviert haben, wie es in der Sowjetunion in den dreißiger Jahren geschehen ist. Aber warum soll es in Bulgarien anders aussehen, als es einmal in der Sowjetunion, dem «sozialistischen Beispiel», aussah? Sozialistische Landwirtschaft ist sozialistische Landwirtschaft, ob sie in Sibirien, in den weiten russischen Ebenen oder im kleinbäuerlichen und mitunter stark gebirgigen Land Bulgarien errichtet wird.

Es hat aber nicht den Anschein, daß im vergangenen Sommer lediglich infolge von «Ernteschäden» die Brotrationierung eingeführt und danach Getreidehilfslieferungen aus der Sowjetunion vereinbart werden mußten, sondern daß das Grundübel im kollektiven Bewirtschaftungssystem selbst liegt. Diesem System ist es nämlich bisher nicht gelungen, selbst die absoluten Ernteergebnisse und erst recht nicht die Viehbestände der Vorkriegszeit zu erreichen, obwohl die Bevölkerung des Landes inzwischen um 1 Million Menschen gestiegen ist und außerdem der Inlandsbedarf, vor allem an veredelten Nahrungsmitteln wie Fleisch, Milch, Butter u. a. als Folge der Industrialisierung, Bürokratisierung und Verstädterung weit höher liegt als vor dem Kriege. Aber die bulgarische Regierung hütet sich davor, irgendwelche Angaben über Ernten, Viehbestände, Versorgungslage und dergleichen zu veröffentlichen. In der bulgarischen Presse fehlt jedoch nicht häufige und heftige Kritik an den unzähligen Mißständen, vor allem in dem kollektivierten Sektor. So berichtet «Robotničesko delo» vom 11. und 12. Juli 1956 von geringer Produktivität der Arbeit, des Bodens, der Maschinen, des Viehbestandes. Die Überbürokratisierung in den Kollektivbetrieben und in den MTS (Maschinen-Traktoren-Stationen), die Lässigkeit bei der Einbringung der Ernte und die Undiszipliniertheit der Bauern führen zu hohem Selbstkostenpreis der Ernten. Allein die Verluste an Weizen bei der Ernteeinbringung in der sozialisierten Landwirtschaft würden reichen, um eine gesamte Jahresversorgung aller bulgarischen Städte sicherzustellen! Am schlechtesten ist es mit der Viehwirtschaft bestellt; hier ist statt Fortschritt Rückschritt festzustellen. Die kollektiven Betriebe halten fünf Kühe auf 100 ha Anbaufläche, gegenüber 11 Kühen im Landesdurchschnitt, als die Kollektivierung noch nicht soweit «fortgeschritten» war.

Aber nichts charakterisiert die materielle Lage der bulgarischen Landbevölkerung besser als die eigenen bulgarischen Angaben über die dortigen Einkommensverhältnisse. Das Tagesentgelt, wohlgemerkt für einen Arbeitstag, eines Mitglieds des landwirtschaftlichen Kollektivs belief sich nämlich im Rekorderntejahr 1955 auf 11,5 Lewa in Geld und Naturalien, das ist ein Betrag, der ausreicht, um zu kaufen: entweder 1 kg

Zucker oder 0,5 kg Butter oder 3 kg Weißbrot. Will man schon industrielle Güter kaufen, so muß der Bauer für 1 Paar Lederschuhe 12 bis 20 Taglöhne aufwenden, für ein Oberhemd einen Wochenlohn, für einen Anzug 40 bis 64 Tagelöhne, für einen Wintermantel zwei bis drei Monatslöhne usw. Dabei arbeitet der Bauer keineswegs 300 Tage im Jahr im Kollektiv; umgerechnet je Kalendertag würde sich sein Einkommen infolgedessen noch halbieren.

Unter dem Druck der letzten Ereignisse in den «brüderlichen sozialistischen Ländern» sah sich die bulgarische Regierung genötigt, ab 1957 einige Zwangsablieferungen in der Landwirtschaft aufzuheben und die Preise für einige Ablieferungen zu erhöhen. In Anbetracht der bisher unter dem Existenzminimum gelegenen Einkommensverhältnisse dürften jedenfalls die jetzt tropfenweise gewährten Erleichterungen noch lange nicht eine merkliche Hebung des Lebensstandards der breiten Massen der bulgarischen Bauernbevölkerung bringen. Das am 31. Dezember 1956 verkündete Gesetz zur Pensionierung der Mitglieder der landwirtschaftlichen Kollektive (die Männer bei Vollendung des 60. Lebensjahres, die Frauen bei Vollendung des 55. Lebensjahres) scheint dabei weniger die Sicherung des Lebensabends der kollektivierten Bauern zu bezwekken — mit einer Monatspension von 60 bis 150 Lewa kann selbst der bescheidenste Lebensunterhalt nicht bestritten werden —, als vielmehr die Bauern zur Erfüllung ihrer Arbeitsnorm zu zwingen. Denn für die Gewährung der Pension ist eine Mitgliedschaft in der Kollektive von mindestens 25 Jahren erforderlich, wobei nur diejenigen Jahre angerechnet werden, in denen der Bauer die festgesetzten Pflichtarbeitstage in der Kollektive geleistet hat.

Die Industrie als verlängerter Arm Moskaus

Die anderen kommunistisch gewordenen Länder durch Gewährung von Krediten an sich zu binden, ist eine sowjetische Spezialität, die gerade im Falle Bulgariens reiche Früchte zu tragen verspricht. Seit der Verkündung des ersten bulgarischen Fünfjahresplans im Jahre 1949 bis einschließlich 1956 gewährte die Sowjetunion an Bulgarien Kredite von fast 5 Mrd. Lewa (zum offiziellen Verrechnungskurs von 100 DM = 161,9 Lewa sind es demnach 3 Mrd. DM); bis 1960 sollen weitere 2 Mrd. Lewa (1,2 Mrd. DM) folgen. Diese Mittel sind schon längst in die Sowjetunion zurückgeflossen, denn mit ihnen kaufte Bulgarien zu Überpreisen Maschinen, komplette Industrieanlagen, Verkehrsmittel u. a. Kapitalgüter in der Sowjetunion, um seine sozialistische Industrie aufzubauen. Auch die Rohstoffe für die neu errichteten Industrien bezieht Bulgarien vorwiegend aus der Sowjetunion. Schließlich bestreitet die Sowjetunion 47% des gesamten bulgarischen Außenhandels, weitere 40% sind nach den anderen kommunistischen Ländern gerichtet und nur 13% entfallen auf den Westen. Durch die «großzügige» Investitionshilfe der Sowjetunion ist Bulgarien ihr gegenüber in eine doppelte Abhängigkeit geraten: für die Abzahlung der Kredite muß Bulgarien an die Sowjetunion jene Erzeugnisse zu diktierten Preisen liefern, für deren Herstellung auch die meisten Investitionskredite gewährt wurden. Bei Bulgarien wie bei allen anderen Ostblockländern verfolgten und verfolgen die sowjetischen Investitionshilfen in erster Linie den Zweck, die Erzeugung jener Fertigwaren, Halbfabrikate und Rohstoffe zu fördern, welche die Sowjetunion selbst braucht und nicht in ausreichendem Maße produziert. So exportiert Bulgarien heute auch den größten Teil der mit sowjetischer «Hilfe» erschlossenen und gewonnenen bergbaulichen Erzeugnisse an die Sowjetunion. Dies betrifft in erster Linie die bulgarischen Erze: 1956 dürften in Bulgarien gefördert bzw. gewonnen worden sein: 100 000 t Manganerz, 250 000 t Eisenerz, 5,6 t Zink u. a.[1]).

---

[1]) Für 1960 wird nach den Ausführungen von Damjanov in «Otečestven Front» vom 29. 12. 1956 folgende Gewinnung für möglich gehalten: 1 Mill. t Eisenerz; 1 Mill. t

Viele der bulgarischen Industrien sind auf den Export ihrer Erzeugnisse in die Sowjetunion auf Gedeih und Verderb angewiesen, weil diese bei weitem die Kaufkraft des einheimischen Marktes übersteigen und nur begrenzte Aufnahme bei den anderen sozialistischen Ländern finden. Aber die bulgarische Industrie ist auch auf der Einfuhrseite auf die Sowjetunion angewiesen. Dies betrifft nicht nur die Belieferung mit Roh- und Hilfsstoffen, sondern allem voran die Erneuerung und Erweiterung des Maschinenparks, der Anlagen und überhaupt die Versorgung mit Ersatz- und Ergänzungsteilen. Wo nämlich sowjetische Maschinen laufen, werden nur sowjetische Ersatzteile gebraucht; wo sowjetische Industrieanlagen bestehen, wird man sie nur durch Lieferungen aus der Sowjetunion erweitern. Diesbezüglich hat sich die Sowjetunion die Erfahrungen der sog. «kapitalistischen Länder» zunutze gemacht und betreibt auf dieselbe Weise eine auf kontinuierlichen Export bedachte Politik, wie dies die kapitalistischen Länder tun. Nur daß die Partner der kapitalistischen Länder ihre Einkäufe von den Kreditgebern zu Weltmarktpreisen tätigen, die sowjetischen Partner jedoch zu von der Sowjetunion bestimmten Preisen. Die zuletzt zwischen der Sowjetunion und Polen bzw. Rumänien getroffenen Vereinbarungen brachten deutlich zutage, wie rigoros die Sowjetunion bisher alle Preise zu eigenen Gunsten festgelegt hat; im Falle Polens wurde allein durch Anrechnung des vollen Preises für die an die Sowjetunion bisher gelieferte Kohle die gegenwärtige polnische Schuld gegenüber der Sowjetunion von 2 Mrd. Rubeln getilgt.

Daß die bulgarische Industrie im Grunde zu einer sowjetischen Filiale ausgebaut worden ist, spricht der stellvertretende bulgarische Ministerpräsident Tschankow selbst in seinem zitierten Bericht vom 27. 12. 56 aus. Tschankow gibt offen zu, daß in Bulgarien noch beträchtliche Arbeitslosigkeit herrscht und daß es der Regierung bisher nicht gelungen ist, allen Arbeitsfähigen Arbeit und Brot zu verschaffen. Selbst die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Beschäftigung in der Industrie stößt auf größte Schwierigkeiten[2]). «Ein Großteil der Industrie arbeitet zudem unproduktiv und wirft Erzeugnisse mit viel zu hohen Selbstkosten ab. Während durch das gebundene Preissystem im Inland solche Produktion bisher möglich war, bedeutet der Export vielfach ein Verlustgeschäft, weil vom Ausland die dort geltenden Konkurrenzpreise gezahlt werden. Und weil die bulgarische Industrie keinen genügenden Absatz weder im Inland (in erster Linie infolge der viel zu geringen Kaufkraft der breiten Masse der Bevölkerung) noch im Ausland findet, hat die bulgarische Regierung u. a. auch sog. Lohnveredelungsverträge mit der Sowjetunion geschlossen, die vorerst Beschäftigungsmöglichkeiten für 25 000 Arbeitskräfte schaffen.» Im Grunde ist gegen solche Lohnveredelungsverträge nichts zu sagen, falls sie nicht nur Beschäftigung, sondern auch eine Einkommenssicherung der Arbeitskräfte bedeuten. Aber die bulgarische Industrie ist weit davon entfernt, den Arbeitern Löhne zu zahlen, die über die Sicherung des Existenzminimums hinausgehen. Mit einem durchschnittlichen Tageslohn von 25 Lewa kann ein Industriearbeiter in Bulgarien seiner Familie nicht sehr viel bieten, kostet doch ein Kilogramm Zucker 10 Lewa, ein Kilo Reis 10 Lewa, ein Oberhemd 60—70 Lewa, ein Paar Schuhe 200—250 Lewa. Zu dem Verrechnungskurs von 100 Rubel = 170 Lewa würde die Sowjetunion dem bulgarischen Industriearbeiter praktisch einen Lohn von 15 Rubel bezahlen. In der eigenen Industrie muß jedoch die Sowjetunion dem gleichen Arbeiter den doppelten Lohn zahlen und außerdem selbst die Amortisationskosten tragen, wogegen bei den Aufträgen an die bulgarische Industrie Bulgarien selbst diese Kosten trägt. Welch lohnendes Geschäft!

Kupfererz; 2 Mill. t Blei-Zink-Erz; ferner 165 000 t Eisen, 297 000 t Rohstahl, 218 000 t Walzstahl, 27 500 t Blei; 35 000 t Zink, 8850 t Elektrolytkupfer.

[2]) Die Zahl der Arbeiter und des technischen und administrativen Personals in der Industrie, im Transport- und Bauwesen ist von 367 000 im Jahre 1948 auf 638 940 im Jahre 1955 gestiegen.

Es bleibt beim stalinistischen Kurs

Der Einbezug Bulgariens in die sowjetische politische wie wirtschaftliche Einfluß- und Machtsphäre erfährt seine Vervollkommnung durch die planmäßige Sowjetisierung auch des kulturellen bulgarischen Lebens. Wurden z. B. in zwei aufeinanderfolgenden Spielzeiten in Bulgarien 7500 Theatervorstellungen von 3 Mill. Gästen besucht, so entfielen davon nicht weniger als 4500 Vorstellungen mit 2 Mill. Besuchern auf sowjetische Stücke. Über die Hälfte der gezeigten Filme sind ebenfalls sowjetischen Ursprungs, abgesehen davon, daß fast alle gezeigten Filme ausgesprochen kommunistisch-ideologischen Inhalts sind. Die 5000 Übersetzer aus dem Russischen (amtliche Zahl) sorgen schon dafür, daß die Bulgaren genügend sowjetisches Schrifttum zu lesen bekommen, zumal das Lesen der Originale durch die Einführung der russischen Sprache als Pflichtsprache in allen Schulen und durch russische Sprachkurse für die Bevölkerung — in den letzten fünf Jahren haben über 300 000 Personen 20 000 Kurse absolviert — immer breiteren Schichten ermöglicht wird.

Die Sowjetunion hat bisher Bulgarien auch stets als einen der sichersten Vorposten des kommunistischen Blocks betrachtet. Aber auch die bulgarischen Kommunisten waren stets bemüht, das ihnen geschenkte Vertrauen mit Treue zu Moskau zu bezahlen. Bulgarien war auch das erste kommunistische Land, das von Sowjettruppen vor Jahren geräumt wurde, Bulgarien ist aber auch dasjenige Land, das die sog. «Entstalinisierungspolitik» am wenigsten mitgemacht hat. Der bulgarische Verfechter des stalinistischen Kurses der harten Hand, *W. Tscherwenkoff*, wurde zwar im April 1956 des Postens als Ministerpräsident, mit Rücksicht auf Tito, enthoben, jedoch nicht beseitigt, sondern im Kabinett gelassen. Auch gilt sein Nachfolger *Jugoff* alles andere als ein gemäßigter oder gar weniger moskauhöriger Kommunist, der etwa auf Liberalisierung und Demokratisierung des bulgarischen Lebens bedacht wäre. Wenn gelegentlich von Machtkämpfen innerhalb der bulgarischen Partei- und Staatsführung zu hören war und ist, so sind diese mehr «privater» und «persönlicher», jedoch nicht prinzipieller Art. Die Zahl der von dem Heimatkommunisten *Michailoff* geführten antistalinistischen Mitglieder im Zentralkomitee der bulgarischen KP wird zwar auf ein Drittel aller Mitglieder geschätzt, der sinkende Stern aller Antistalinisten nach der ungarischen Tragödie dürfte jedoch die Aktivität dieser Gruppe stark beschnitten haben, zumal durch die erneute Stationierung von Sowjettruppen in Bulgarien (angeblich wegen der Suez-Krise und wegen der unklaren Stellung Jugoslawiens) die stalinistische Gruppe der bulgarischen Kommunisten die beste Stütze erhält. Wenn in den letzten Monaten Unruhen innerhalb der bulgarischen Studentenschaft, der bulgarischen Jugend oder gar einigen Garnisonen vorgekommen zu sein scheinen, so kann daraus noch lange nicht geschlossen werden, daß sich auch in Bulgarien ähnlich wie in Ungarn oder Polen eine nationale Bewegung entfacht. Die innerbulgarische Widerstandsbewegung sowohl gegen den Stalinismus als auch gegen die Sowjetunion ist zu schwach und zu zersplittert, als daß sie zu einer nationalen Erhebung führen und die Sowjetunion zu Konzessionen zwingen könnte. Das Wetteifern unter den bulgarischen Kommunisten, ihre Treue zur Sowjetunion unter Beweis zu stellen, erreichte auch zur Zeit der Ungarnkrise und erst recht zum Jahreswechsel, als die Diskussionen über die bisherige bulgarische Entwicklung und über die Pläne für das neue Jahr stattfanden, einen erneuten Höhepunkt. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß auch der nach einer Pause von viereinhalb Jahren für den 30. Januar 1957 einberufene 4. Kongreß der «Vaterländischen Front» nichts anderes sein wird als ein abermaliges Treuebekenntnis zur Sowjetunion und eine Bestätigung der bisherigen Politik der Sowjetisierung Bulgariens. Tatsächlich beschränkte sich die «Entstalinisierung» Bulgariens auf die Umbenennung der Schwarzmeer-Hafenstadt Stalin in Varna, wie sie früher hieß!

Querschnitt durch neue Wirtschaftszeitschriften

Konjunktur

Wie sie unser politisches Leben beherrschten, so haben die Nah-Ost-Krise mit ihren ökonomischen Folgen und das Ringen um die europäische Solidarität in den letzten Monaten auch dem Inhalt der Wirtschafts-Zeitschriften ihren Stempel aufgedrückt. Es ist kein Zweifel, daß die Wirkungen aus dem Konflikt um den Suezkanal, vor allem die Erschwerung der Versorgung des Westens mit flüssigem Brennstoff, die bisher nach oben gerichtete *Konjunktur* mindestens vorübergehend zu einem gewissen Stillstand gebracht haben. Zunächst untersucht *Finanz und Wirtschaft* am 16. 11. 56 die ökonomische Lage Ägyptens, das ohne große Kapitalinvestitionen des Auslandes zur Armut verurteilt sei und in Nasser einen rücksichtslosen Diktator als Staatschef besitze; er könne abenteuerliche Situationen heraufbeschwören, wie sie für die ganze Welt gefährlich zu werden vermöchten. *La Suisse Horlogère* vom 15. 11. 56 verfolgt die Krise im Vorderen Orient mit Sorge, nicht nur wegen des sie begleitenden Petroleummangels, sondern auch und vor allem wegen der Verteuerung der Frachten und der Erschwerung des Warenaustausches zwischen der Schweiz und den westasiatischen Ländern. Auch die Wiener *Industrie* in ihren Nummern vom 10. und 24. 11. 56 beschäftigen die Transportprobleme des Suezkanal-Konfliktes; sie nennt die Tankertonnage den neuralgischen Punkt der Weltwirtschaft. Für *Finanz und Wirtschaft* vom 23. 11. 56 ist die Diskrepanz zwischen dem Anstieg der Frachtraten und den Rückgängen der Schiffahrtsaktien auffällig. In der gleichen Ausgabe wird die Kursgestaltung der internationalen Ölwerte gesondert unter die Lupe genommen. Ähnlich widmet die Frankfurter *Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen* vom 15. 12. 56 ihre Aufmerksamkeit den «Finanzfolgen der Suez-Krise».

Im übrigen wird die konjunkturelle Lage von der Wirtschaftspresse nach wie vor mit vorsichtiger Zuversicht beurteilt. Immerhin erinnert die *Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung* vom 2. 11. 56 an die Botschaft des Bundesrates zum Voranschlag der Eidgenossenschaft 1957, in der unter anderem Veranlassung genommen wird, auf die überragende Bedeutung einer Stabilhaltung des Geldwertes hinzuweisen. *Finanz und Wirtschaft* vom 20. 11. 56 geht den Divergenzen zwischen der Konjunktur und der Börsenkursgestaltung auf den Grund; die Aktienmärkte hält das Blatt nicht mehr für das Spiegelbild der Wirtschaft. In ihrer Ausgabe vom 18. 12. 56 stellt dieselbe Zeitschrift fest, daß die zu verzeichnenden Exportsteigerungen vornehmlich der Selbstfinanzierung dienen. Im amerikanischen Wirtschafts-Magazin *Challenge* vom Dezember 1956 erfüllt es *John McKnight* als Autor mit Besorgnis, daß die steigenden Preise und Löhne ohne das korrespondierende Anwachsen der finanziellen Betriebsmittel eine «cost-inflation» herbeizuführen drohen. Der letzte Halbjahresbericht des Kieler *Institutes für Weltwirtschaft* weist dagegen auf die neuen Auftriebskräfte in den USA und die gleichzeitigen Abschwächungstendenzen in Westeuropa hin.

Internationale Wirtschaftspolitik

Wie wir eingangs betonten, ist die *europäische Integration* der zweite Eckpfeiler, um den sich der Lesestoff der Wirtschafts-Zeitschriften in der Berichtsperiode rankt. In der *Revue Economique Franco-Suisse* vom November 56 definiert, auch unter Heranziehung instruktiver Schaubilder, der Pariser Korrespondent der NZZ, *S. Wolff*, die Voraussetzungen für eine europäische Freihandelszone, unter besonderem Hinblick auf Großbritannien, und der Professor an der Sorbonne *Raymond Aron* die Einstellung Frank-

reichs zum Problem der wirtschaftlichen Annäherung innerhalb Europas. *La Suisse Horlogère* vom 29. 11. 56 beschäftigt sich mit den jüngsten Anregungen zur Verwirklichung der Integration und in ihrer Ausgabe vom 13. 12. 56, unter Bezugnahme auf den eben erwähnten Aufsatz von Wolff, mit den einzelnen Aspekten der europäischen Freihandelszone. Unter dem 6. 12. 56 verzeichnet sie mit Genugtuung die Liberalisierung der Einfuhr von Uhren und Uhrwerken in Westdeutschland. Das *Bulletin* des *Schweizerischen Bankvereins* vom Dezember 56 schildert ausführlich Werdegang und Elemente eines gemeinsamen Marktes in Westeuropa sowie die Hindernisse, die es auf dem Marsche zu ihm zu überwinden gilt. Die Wiener *Industrie* vom 8. 12. 56 freut sich darüber, daß «London die erste Etappe nach Europa hin» im Unterhaus genommen hat. In der gleichen Zeitschrift vom 15. 12. 56 nennt der Generalsekretär der OEEC, *René Sergent*, als Ziel der ökonomischen Zusammenarbeit Westeuropas die Herstellung «eines einzigen Marktes» auf unserem Kontinent.

Darüber hinaus ist dem Berichterstatter, aus der Beschäftigung der Presse mit Problemen der internationalen Wirtschaftspolitik, als bemerkenswert noch eine Übersicht über den Umfang der *Liberalisierung* in den einzelnen europäischen Staaten, enthalten in Nr. 46 der *Suisse Horlogère* vom 22. 11. 56, aufgefallen. Ihr entnehmen wir, daß Italien mit über 99% in der Liberalisierung seines Imports führend ist. Ihm folgen Griechenland mit 95, Portugal mit 93,7, Schweden mit 92,6 und die Schweiz mit 92,5%. Island mit 29% bildet den Schluß.

Innerstaatliche Wirtschaftspolitik

Aus der Fülle des Materiales über *innerstaatliche Wirtschaftsfragen* ragt der wie in jedem Jahre so auch im Dezember 56 erschienene *Bericht über Handel und Industrie der Schweiz* hervor, der vom *Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins* erstattet wird. Er ist unstrittig die vollständigste und bestdokumentierte Publikation über den Gang der schweizerischen Wirtschaft im Jahre 1955 und wird auch von der *Schweizerischen Politischen Korrespondenz* am 29. 11., von der *Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung* am 30. 11. und von der *Neuen Zürcher Zeitung* am 19. 12. 56 einer Würdigung unterzogen. Dr. *J. Widmer* befaßt sich in der eben erwähnten *Arbeitgeber-Zeitung* vom 30. 11. 56 mit der Arbeitszeitverkürzung, die er aus volkswirtschaftlichen Gründen für den Augenblick ablehnt. *Der* (deutsche) *Arbeitgeber* vom 15. 12. 56 erläutert die in der Schweiz geübte Methode einer «Vorsorge gegen Überschlagen der Hochkonjunktur». Auf dem Gebiete des Steuerwesens unterrichtet das *Bulletin* der *Schweizerischen Kreditanstalt* vom Oktober 1956 über die Doppelbesteuerungsabkommen der Schweiz mit Großbritannien und mit skandinavischen Staaten. Ein Leitartikel der *Steuer-Revue* vom November 56 trägt den Titel: *Der neue Start zur Bundesfinanzreform* und in Nr. 12 dieser Zeitschrift vom Dezember 56 sucht Dr. *Heinz Schmutz* nach einer «wirtschaftskonformen Mittellösung» für diese Reform. Die *Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen* vom 1. 12. 56 legt den Stand der Diskussion um den schweizerischen Diskontsatz dar. Die *Wirtschafts-Notizen* der *Schweizerischen Bankgesellschaft* vom Dezember 56 und die *Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung* vom 2. 11. 56 entnehmen dem Oktoberheft 1956 der *Volkswirtschaft* die wichtigsten Ergebnisse der bereits im letzten «Querschnitt» erwähnten Ausarbeitung des Eidgenössischen Statistischen Amtes über «Das Volkseinkommen der Schweiz im Jahre 1955»; es wird auf 23,3 Md. Franken oder um 1 Milliarde mehr als 1954 geschätzt. Das *Internationale Gewerbearchiv* (St. Gallen) vom Dezember 56 bringt aus der Feder von Dr. *J. Weibel* einen für den Branchekundigen aufschlußreichen «Betriebsvergleich im Brennstoffhandel». Und endlich empfiehlt die Wiener *Industrie* vom 1. 12. 56 die Vorsorge der Schweiz für den Ernstfall «ohne Bürokratie und Zentralismus» als Beispiel zur Nachahmung.

Amerikanische Wirtschaftsprobleme

Die Anspannung am amerikanischen Geld- und Kreditmarkt bildet Gegenstand der Betrachtung in den *Wirtschafts-Notizen* der *Schweizerischen Bankgesellschaft* vom November 56. In ähnlicher Weise gedenkt *Finanz und Wirtschaft* vom 14. 12. 56 der Verminderung der Reingewinne bei der Mehrzahl von USA-Gesellschaften im dritten Quartal 1956 gegenüber 1955; bei 123 Werten beläuft sie sich auf 0,5 bis 30, bei 80 sogar auf 30 bis 96%. Bethlehem Steel beispielsweise hat eine Gewinnabnahme um 93,4, Ford Co. of America um 54,2 und General Motors um 46,7% zu beklagen.

Die in den USA am frühesten entwickelte Lehre der Zweckmäßigkeit einer Hilfe an unterentwickelte Länder wird heute auch in Westeuropa lebhaft diskutiert. So druckt die *Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung* vom 7. 12. 56 ein diesem Problem gewidmetes Kapitel aus dem vorher zitierten «Bericht über Handel und Industrie der Schweiz im Jahr 1955» ab; in ihm wird Geschichte und Zielsetzung der Aktion geschildert. Die Frankfurter *Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik* vom Dezember 1956 beurteilen in zustimmendem Sinne eine Arbeit von Professor *Richard F. Behrendt:* «Eine freiheitliche Entwicklungspolitik für materiell zurückgebliebene Länder» im *Ordo VIII* aus dem Verlage Helmut Küpper in Düsseldorf und München.

Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz zu Nachbarländern

Dr. *H. Herold* erläutert in der *Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung* vom 2. 11. 56 die Abmachungen der Schweiz vom 7. 5. und 28. 7. 56 mit der *Montanunion* und nennt sie «erfreuliche Zeichen europäischer Zusammenarbeit». — Als Lieferant und Abnehmer der Schweiz im Warenaustausch steht die benachbarte deutsche Bundesrepublik weitaus an erster Stelle. *La Suisse Horlogère* vom 8. 11. 56 widmet den Ergebnissen in den Beratungen der schweizerisch-deutschen Wirtschaftskommission vom 24. bis 31. 10. 1956 eine eigene Betrachtung. In Nr. 12 der durch die *Handelskammer Deutschland-Schweiz* in Zürich herausgegebenen Monatszeitschrift vom Dezember 1956 verweist der Präsident der Industrie- und Handelskammer Frankfurt a. M., Dr. *Peter Bartmann*, auf den Wert des deutsch-schweizerischen Außenhandels für die beiden Länder. — *La Suisse Horlogère* vom 1. 11. 56 verfolgt den Verlauf der — wie die Zeitschrift urteilt: leider ergebnislosen — Beratungen zwischen der gemischten schweizerisch-französischen Handelsvertrags-Kommission vom Ende September 1956. Ein mit Statistiken ausgestatteter Artikel: «Les relations franco-suisses évoquées sur les bords de la Saône» im Novemberheft 1956 der *Revue Economique Franco-Suisse* gedenkt, unter Verwertung von Angaben des Generaldirektors der Schweizerischen Handelskammer in Frankreich, *Jean de Senarclens*, der wirtschaftlichen Interessen der Weinbaugebiete in der Schweiz und in Frankreich, ihrer Produktion, des Verbrauchs, der schweizerischen Ein- und der französischen Ausfuhr von Wein.

Kommunistische Wirtschaft, West-Ost-Handel

Auch der Entwicklungsgang des Kommunismus und seiner Wirtschaft wie die Aussichten des West-Ost-Handels begegneten in den Wirtschafts-Zeitschriften der letzten Monate wie früher einer lebhaften Aufmerksamkeit. *Der* (deutsche) *Arbeitgeber* vom 5. 11. 56 berichtet über Referate, die sich im Oktober 1956 auf der Kölner Jahrestagung der «Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde» mit dem «Sowjet-Menschen in der Erwärmungsperiode», d. h. in einem Stadium langsam steigender Lebensansprüche, befaßten. Auch finden wir hier einen Artikel: «Der verplante Sowjetarbeiter»; die Wir-

kungen des Mangels an Arbeitskräften machen den russischen Machthabern große Sorge. In der amerikanischen Monatszeitschrift *Challenge* vom November 56 vermerkt *Arthur S. Barron*, daß im Zuge der sowjetischen Machtverschiebung der Stand der industriellen Betriebsleiter als «new Elite in Russia» an Einfluß und Ansehen gewonnen hat. Für *La Suisse Horlogère* vom 29. 11. 56 schlägt Fanatismus und Unduldsamkeit in der Politik des Kremls gegenüber dem Osten auf ihre Urheber zurück; selbst im Orient beginnt man die Russen zu fürchten. Die Oktoberereignisse in Ägypten, Polen und Ungarn haben gemäß der Wiener *Industrie* vom 1. 12. 56 die Wirtschaftsplanung des Ostblocks umgestoßen. Die dortige bisherige Autarkisierung der Wirtschaft macht einem zunehmenden Streben nach Kontakt mit dem Westen Platz. *Finanz und Wirtschaft* vom 14. 12. 56 beleuchtet an Hand einer Publikation der «Europäischen Wirtschaftskommision der Uno» in Genf die Hindernisse, die es für Landwirtschaft und Industrie Osteuropas zu überwinden gilt. Endlich liefert Dr. *Heinz-Joachim Heydorn* in den *Gewerkschaftlichen Monatsheften* vom Dezember 1956 einen sachkundigen Beitrag zum politischen und geistigen Werdegang des chinesischen Kommunismus. — Statistiken über den *West-Ost-Handel in La Suisse Horlogère* vom 8. 11. 56 sind für den Westen aufschlußreich; seine Entfaltung hat sich in den letzten Jahren nach den Angaben der Zeitschrift folgendermaßen vollzogen (in Mill. Dollars):

Jahr	Einfuhr Westeuropas aus Osteuropa	Ausfuhr Westeuropas nach Osteuropa
1950	801	643
1952	995	739
1954	1042	979
1955	1357	1095

Die sich häufig durch spezielle Prägung auszeichnende Genfer *Wirtschaft* plädiert im Dezember 1956 nach dem sowjetischen Gewaltakt in Ungarn dafür, der Westen solle sich auf Polen, Jugoslawien und Ungarn als östliche Handelspartner beschränken.

Sonstige wichtigere Artikel wirtschaftlichen Inhalts

Wir müssen uns zum Abschluß unserer heutigen Übersicht darauf beschränken, den an den zu nennenden Themen interessierten Leser nur noch auf folgende Artikel ökonomischer Art hinzuweisen, denen wir in den Wirtschafts-Zeitschriften der Berichtsperiode mit Gewinn begegnet sind: *Finanz und Wirtschaft* vom 13. 11. 56 instruiert über «China auf dem Wege zur wirtschaftlichen Großmacht». Der bekannte Nationalökonom Professor Dr. *Adolf Weber* weist in der *Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen* vom 1. 11. 56 warnend auf die wachsenden Gefahren der «Weltinflation» hin. Im *Wirtschaftsdienst* vom November 1956 verbreitet sich *E. N. Shaffer* (Bombay) über «antikommunistische Tendenzen auf dem asiatischen Sozialisten-Meeting» des letzten Herbstes. Schließlich berichtet *Rolf Meyer-von Gonzenbach* in der Sept./Okt.-Nummer 1956 des *Plan* über «Die Planungsprobleme unserer Städte und die Voraussetzungen zu deren Lösung».

Hans Posse